



Teil D: Angebotsschreiben

Name des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft

Bei Bietergemeinschaft: Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Nationale Identifikationsnummer des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft (bitte ankreuzen und ergänzen)

- ☐ USt.-Identifikationsnummer: _____
- ☐ Handelsregister-Nr. HR _____ Amtsgericht: _____
- ☐ Partnerschaftsregister _____ Amtsgericht: _____

Angaben zur Größe des Bieterunternehmens (bitte ankreuzen)

- ☐ Kleinunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz)
- ☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz und kein Kleinunternehmen)
- ☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz und kein kleines Unternehmen)
- ☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)



Angabe der Nationalität des Eigentümers des Bieterunternehmens (sofern keine Börsennotierung vorliegt)

(bitte ankreuzen und ggf. ausfüllen)

- ☐ Das Unternehmen ist börsennotiert.
- ☐ Das Unternehmen ist **nicht** börsennotiert. Der wirtschaftliche Eigentümer (d. h. der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatsangehörigkeit:

Ich/wir biete/n die Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung auf Basis der vertraglichen Bedingungen (Teil C der Vergabeunterlagen) und zu den im Angebot genannten Konditionen an. Ich/Wir halte/n uns an mein/unser Angebot bis zum Ablauf der in der Veröffentlichung genannten Bindefrist gebunden. Ich/wir erkläre/n, dass meine/unsere Erklärungen und Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir bei fehlenden oder unzutreffenden Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann/können.

Mein/unser Angebot enthält neben diesem Formblatt folgende Bestandteile:

- ☐ **Nachweis der speziellen Prüfverfahrens-Kompetenz für § 8a BSIG a.F. vom 28.05.2021 bzw. § 39 BSIG n.F. zur Vorbereitung und Durchführung von Prüfungen nach § 8a a.F. vom 28.05.2021 BSIG bzw. § 39 BSIG n.F.**
- ☐ **BSI-Zertifikat gemäß ISO 27001 auf der Basis von IT-Grundschutz oder vergleichbar**
- ☐ **BSI-Zertifizierung als IT-Sicherheitsdienstleister auf der Grundlage von ISO 17025:2018 oder vergleichbar**
- ☐ **Zertifikat gemäß ISO 9001:2015 oder vergleichbar**
- ☐ **Referenzblatt (Anlage D01a und D01b) in erforderlicher Anzahl.**
Bitte verwenden Sie zur Angabe der Referenzleistungen das als Anlage D01a und D01b beigefügten Formblätter in entsprechender Anzahl und nummerieren Sie die Referenzen fortlaufend. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).



- ☐ **Nachunternehmerverzeichnis (Anlage D02).**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt M der Verfahrensbedingungen (**Teil A**) und geben Sie die Anlage auch dann ausgefüllt ab, wenn Sie keinen Nachunternehmereinsatz beabsichtigen.
- ☐ **Im Falle der Eignungsleihe: Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage D03) in erforderlicher Anzahl.**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt N der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).
- ☐ **Im Falle einer Bietergemeinschaft: Rechtsverbindlich unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung (Anlage D04).**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt O der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).
- ☐ **Honorarangebot unter Verwendung des Preisblattes (Anlage D05).**
Bitte füllen Sie das Formblatt vollständig in allen weiß hinterlegten Tabellenzellen aus
- ☐ **Erklärung gemäß § 4 NTvergG (Anlage D06)**
Eigenerklärung zur Zahlung der in § 4 NTvergG genannten Mindestentgelte.
- ☐ **Konzept zur Projektumsetzung**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Nr. 2 Anlage A02 der Verfahrensbedingungen (**Teil A**). Bitte reichen Sie das Konzept als schriftliches Konzept in Format DIN A4 ein.
- ☐ **Darstellung der angebotenen Softwarelösung**
Aussagekräftige Darstellung der angebotenen Softwarelösung gemäß Teil B, II, Nr. 5 durch die Vorlage von Produktdatenblättern, Beschreibung der technischen Funktionsweise anderweitigen Darstellungen, aus denen erkenntlich wird, dass die Funktionsvorgaben eingehalten werden.

**A. Jahresumsatz des Bieters**

Angabe des Jahresumsatzes (EUR, netto):

	Jahresumsatz insgesamt	aus Leistungen im Bereich „Datenschutz“ und „Informationssicherheit“
2022		
2023		
2024		

B. Personalstand

Angabe des Personalstands im Jahresdurchschnitt:

	Gesamt	Mitarbeiter im Bereich „Datenschutz“ (bitte beachten Sie die Mindestanforderungen in Anlage A01, Kriterium 5)	Mitarbeiter im Bereich „Informationssicherheit“ (bitte beachten Sie die Mindestanforderungen in Anlage A01, Kriterium 5)
2023			
2024			
2025			



C. Vorgesehene Projektleitung

Angabe der für die Projektleitung vorgesehenen Personen:

Schlüsselpersonal	Name	Berufliche Qualifikation (bitte beachten Sie die Mindestanforderungen in Anlage A01, Kriterium 6)	Berufserfahrung in Jahren (bitte beachten Sie die Mindestanforderungen in Anlage A01, Kriterium 6)
Gesamtprojektleitung			
fachliche Leitung „Datenschutz“			
fachliche Leitung „Informationssicherheit“			

D. Haftpflichtversicherung

Wir erklären, dass wir eine den Vorgaben der des Vergabeverfahrens (Anlage A01 Krit. 2) entsprechende Vermögensschadenshaftpflichtversicherung abgeschlossen haben bzw. im Auftragsfall eine solche abschließen werden. Die folgende Tabelle ist nur auszufüllen, wenn bereits ein den Anforderungen entsprechender Versicherungsschutz vorhanden ist.

Name der Versicherung; Vers.-Nr. (sofern bereits bestehend):	Versicherungssummen in Mio. EUR
	(mind. 10 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden; mind. 10 Mio. EUR für Vermögensschäden)
Personenschäden:	
Sachschäden:	
Vermögensschäden (einschließlich Vermögensschäden aus der Verletzung von Datenschutzvorschriften):	

Die genannten Deckungssummen stehen je Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung.

Wir werden das Bestehen der Versicherung auf Verlangen vor einem möglichen Zuschlag und auch später jederzeit gegenüber dem Auftraggeber nachweisen.



Gesetzliche Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber



ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
 - bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
 - keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
 - keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigende Verfehlung begangen hat.



- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 09.04.2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bietergemeinschaft, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Bitte ankreuzen:

☐ Der Bieter/die Mitglieder der Bietergemeinschaft gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter/an einem Mitglied der Bietergemeinschaft über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
- c) durch das Handeln des Bieters/eines Mitglieds der Bietergemeinschaft im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf welche die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

☐ Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.



Anlage D01a: Referenzblatt (Datenschutz)

Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen gemäß Teil A **Anlage A01 Nr. 3**. Es sind mindestens zwei vergleichbare Referenzen abzugeben.

Referenzleistung Nr.	
Die Referenz wird im Rahmen einer Eignungsleihe zur Verfügung gestellt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Bezeichnung des Projektes:	
Auftraggeber:	
Art des Auftraggebers	<input type="checkbox"/> Bundesbehörde <input type="checkbox"/> Landesbehörde <input type="checkbox"/> Kommunalbehörde
Ansprechpartner:	
Telefonnummer:	
E-Mail:	



<p>Aussagekräftige Beschreibung der erbrachten Leistungen</p> <p>Bitte kurz beschreiben. Beachten Sie diesbezüglich die Anforderungen in der Anlage A01, Kriterium 3 der Eignungskriterien. Aus den Ausführungen muss ersichtlich werden, welche Leistungen konkret erbracht worden sind.</p> <p>Legen Sie ggf. zur Beschreibung eine gesonderte Anlage Ihrem Angebot bei.</p>	
<p>Leistungszeitraum: (spätestens seit dem 01.01.2020 für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten ununterbrochen erbracht worden)</p>	<p>Leistungszeitraum: Monate der ununterbrochenen Leistungserbringung:</p>



Anlage D01b: Referenzblatt (Informationssicherheit)

Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen gemäß Teil A **Anlage A01 Nr. 4**. Es sind mindestens zwei vergleichbare Referenzen abzugeben.

Referenzleistung Nr.	
Bezeichnung des Projektes:	
Die Referenz wird im Rahmen einer Eignungsleihe zur Verfügung gestellt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Auftraggeber:	
Art des Auftraggebers	<input type="checkbox"/> Bundesbehörde <input type="checkbox"/> Landesbehörde <input type="checkbox"/> Kommunalbehörde
Ansprechpartner:	
Telefonnummer:	
E-Mail:	



<p>Aussagekräftige Beschreibung der erbrachten Leistungen</p> <p>Bitte kurz beschreiben. Beachten Sie diesbezüglich die Anforderungen in der Anlage A01, Kriterium 4 der Eignungskriterien. Aus den Ausführungen muss ersichtlich werden, welche Leistungen konkret erbracht worden sind.</p> <p>Legen Sie ggf. zur Beschreibung eine gesonderte Anlage Ihrem Angebot bei.</p>	
<p>Leistungszeitraum (spätestens seit dem 01.01.2020 für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten ununterbrochen erbracht worden)</p>	<p>Leistungszeitraum: Monate der ununterbrochenen Leistungserbringung:</p>



Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis

Bitte ankreuzen:

- ☐ Der Einsatz von Nachunternehmern ist **nicht** vorgesehen.
- ☐ Die nachfolgend genannten Leistungen sollen durch Nachunternehmer ausgeführt werden:

Art und Umfang der Leistung	Name und Anschrift des Nachunternehmers



Anlage D03: Verpflichtungserklärung

Name und Anschrift des Nachunternehmers

Wir bestätigen hiermit dem Bieter/der Bietergemeinschaft zur Vorlage und Bestätigung gegenüber dem Auftraggeber, dass wir uns verbindlich gegenüber dem Bieter/der Bietergemeinschaft verpflichten, im Fall der Zuschlagserteilung an den Bieter/die Bietergemeinschaft, diesem/dieser die im Teilnahmeantrag angegebenen Leistungen zu erbringen und Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir bestätigen, dass wir über die erforderlichen Mittel verfügen und diese dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung in dem zur Leistungserbringung erforderlichen Maß zur Verfügung stellen.

Im Übrigen erklären wir wie folgt:

Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,



- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,



- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift



Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung

Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #1 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #2 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #3 der Bietergemeinschaft

Wir bilden eine Bietergemeinschaft und erklären,

- dass der o. g. Vertreter bevollmächtigt wird, die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten.
- dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft im Falle einer Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften,
- dass die im Angebotsschreiben (Teil D der Vergabeunterlagen) abgegebenen Erklärungen zum Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gleichermaßen gelten.



Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #1 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #2 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #3 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift



Anlage D05: Preisblatt

I. Vergütung für Leistungen nach Aufwand (Nummer 4.1 EVB-IT-Dienstvertrag)

Zuschlagskriterium		Stundensatz in EUR (netto)
1.1	Stundensatz für Leistungen nach Aufwand (remote) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 3, 4, 5 und 6 EVB-IT-Dienstvertrag	
1.2	Stundensatz nach Aufwand (vor Ort) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 3, 4, 5 und 6 EVB-IT-Dienstvertrag	
1.3	Stundensatz für Leistungen nach Aufwand außerhalb der zuschlagsfreien Zeiten und an Sonn- und Feiertag (remote) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 3, 4, 5 und 6 EVB-IT-Dienstvertrag	

II. Vergütung für Leistungen zum Pauschal festpreis (Nummer 4.2 EVB-IT-Dienstvertrag)

Zuschlagskriterium		Pauschal festpreis EUR (netto)
1.4	Pauschal festpreis für Schulungen (remote) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 7 EVB-IT-Dienstvertrag	
1.5	Pauschal festpreis für Schulungen (vor Ort) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 7 EVB-IT-Dienstvertrag	
1.6	Pauschal festpreis für die GAP-Analyse gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 1 EVB-IT-Dienstvertrag	
1.7	Pauschal festpreis für den Aufbau und die Implementierung des ISMS, BCMS, DSMS gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 2 EVB-IT-Dienstvertrag	
1.8	Pauschal festpreis für die technische Unterstützung und Softwareeinsatz gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 8 EVB-IT-Dienstvertrag Hinweis: Gewertet wird der Pauschal festpreis für die Grundbeauftragung von 24 Monaten. Dieser ist hier anzugeben.	
1.9	Pauschal festpreis für die anlassbezogene Unterstützung bei sicherheitsrelevanten Ereignissen gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 9 EVB-IT-Dienstvertrag	